

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

21.2.1865 (No. 44)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Februar.

N. 44.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Febr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 8 enthält eine Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern, die Organisation der Polytechnischen Schule betreffend.

Mus Bayern, 18. Febr. Auf die Eingabe der freireligiösen Gemeinden von Nürnberg und Fürth um Anerkennung als Privat-Religionsgesellschaften ist so eben eine abfällige Ministerialentscheidung erfolgt; doch ist ihnen gestattet worden, ihre Gestorbenen für die Folgezeit mit Gesang und Trauerreden bestatten zu dürfen.

Stuttgart, 18. Febr. Der „Staatsanz.“ schreibt heute offiziell:

Nachdem die Kammer der Abgeordneten in ihrer gestrigen Sitzung den Wunsch der Regierung auf die Bewilligung der vollen Erziehung für Kanzeleien der Kollegien abgelehnt und damit der ausdrücklichen Erklärung des Ministers des Innern gegenüber zu erkennen gegeben hat, daß sie eine weiter greifende und umfassendere Reorganisation unserer Verwaltung, wenigstens was das Innere betrifft, nicht wünscht, so wird es Sache der Regierung sein, diesem Wunsch zu folgen und umfassendere Organisationspläne aufzugeben oder zu revidieren; jedenfalls wird sie davon absehen müssen, auch die Stimmen vom Lande hierüber zu vernachlässigen. — Die Durchführung der in derselben Sitzung der Kammer der Abgeordneten beschlossenen Reduzierung des Landjäger-Korps wird nach den eingezogenen Nachrichten wohl nur auf dem Wege möglich sein, daß, namentlich in den größeren Gemeinden des Landes, auf die Aufstellung ganz tüchtiger und genügend bezahlter Orts-Polizier gedungen und diesfalls den Gemeinden die Aufgabe zur Ausübung der erforderlichen Mittel gemacht werde, womit das Ministerium sich nunmehr zu beschäftigen haben wird. Ob das Wohl des Landes im Ganzen hierdurch gewinnen oder ob im Ganzen hierdurch ein Minderaufwand entfallen wird, dürfte sich immerhin bezweifeln lassen.

Weimar, 18. Febr. Der Landtag hat in der heutigen Sitzung den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen.

Hamburg, 18. Febr. Das hier eingetroffene „Fæderland“ vom 14. meldet, daß dem Vernehmen nach gegenwärtig Unterhandlungen zwischen Rußland und Dänemark gepflogen werden wegen Legung einer direkten unterseeischen Telegraphenlinie, die sich eine unterseeische zwischen Jütland und England anschließen solle. Diese Verbindung habe bei England und Rußland alle Aussicht auf ein glückliches Zustandekommen. Man hoffe auch, daß eine unterseeische Telegraphenverbindung zwischen Jütland und Norwegen hergestellt werden wird.

Altona, 16. Febr. Nach der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ hat der vom Vorstande des Altonaer Schleswig-holsteinischen Vereins an den engern Ausschuss gerichtete Antrag auf schleunigste Berufung einer Delegirtenversammlung von Seiten der übrigen Vereine im Lande genügende Unterstützung gefunden, und steht also demnach die Berufung einer solchen Versammlung zu erwarten. Der hiesige Verein wird eine Erklärung vorbringen, welche sich zu allen Opfern für Deutschland erbotig erklärt, aber den Anschluß an Preußen zurückweist, weil dadurch nur der künftigen Entscheidung Deutschlands über eine neue Bundesverfassung vorgegriffen werde.

Kiel, 14. Febr. Die „Deutsch. Nordsee-Ztg.“ hatte sich aus Hamburg schreiben lassen, daß man sich in der Umgebung des Herzogs Friedrich zu einem äußersten Schritt entschlossen habe, um die europäischen Großmächte aus ihrer Gleichgültigkeit in der Herzogthümerfrage aufzurütteln. Der Herzog soll nämlich im Begriff stehen, in einem offenen Brief die wider ihn und sein Recht spielenden Intrigen den europäischen Großmächten darzulegen und zugleich die Nothwendigkeit, die Frage zu einer raschen Lösung zu führen. Die Redaktion des „Alt. Merk.“ erklärt sich ermächtigt, diese Angaben als total aus der Luft gegriffen zu bezeichnen.

Kiel, 17. Febr. Die „Schl.-Holst.-Ztg.“ theilt ein Rundschreiben des Schleswig-holsteinischen Vereins in Kiel mit, welches aus dem Bündnis der Freunde der „Kiel. Ztg.“ und der sogenannten milden Partikularen hervorgegangen ist und folgendermaßen lautet:

Eine neue Parteibildung bereitet sich in unserm Lande vor und droht die Organisation der Schleswig-holsteinischen Vereine und den Zusammenhang Derer, die sich in den wesentlichen Punkten ihrer politischen Ueberzeugung eins wissen, zu zersprengen. Das Programm dieser neuen Partei ist durch ihre Organe zur Genüge dahin festgestellt, daß sie den Anschluß an Preußen so, wie er von Preußen einseitig verstanden wird, erstreben, und daß sie die Durchführung dieses Anschlusses auch im Weg der Otröyung für zulässig erachtet. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß es eine größere Partei in Schleswig-Holstein nicht gibt, welche grundsätzlich jede engere Verbindung mit Preußen ausschließt, daß vielmehr die weit überwiegende Majorität unseres Volkes eine solche engere Verbindung für politisch nothwendig und heilsam erachtet, wenn dieselbe wie unter Anerkennung der preussischen Interessen und Machtverhältnisse, so gleichzeitig unter Wahrnehmung der deutschen und unserer eigenen Interessen und Rechte geschieht, — wenn dieselbe fernerhin durch einen Vertrag mit dem

Herzog unter gegenseitiger Mitwirkung der Landesvertretung bewerkstelligt wird.

Wenn bisher ein Theil unserer Presse und unserer Vereine es nicht für richtig hielt, diese Ueberzeugung auszusprechen, weil man dadurch die übertriebenen Forderungen der preussischen Regierung nur vorwärts zu treiben, so trifft dies unserer Ansicht nach nicht mehr zu. Ohne uns offen zu dem Programm zu bekennen, wie wir es unten formuliert haben, würden wir der neugebildeten Partei gegenüber in eine Stellung gerathen, welche nothwendig einen falschen Schein erzeugt. Es würden insbesondere die Parteien in Preußen und ein großer Theil des deutschen Volks die Wirksamkeit der Schleswig-holsteinischen Vereine nicht anders auffassen, als dahin, daß dieselben in grundsätzlicher Opposition gegen den preussischen Staat befangen seien, und daß ihnen eine richtige Würdigung wie der politischen Machtverhältnisse, so der größten deutschen und der eigenen Interessen abginge. Es würde aber fernerhin eine weitere Parteilspaltung innerhalb der Schleswig-holsteinischen Vereine unvermeidlich sein, indem diejenigen, welche die vertragmäßige engere Verbindung mit Preußen nicht nur erstreben, sondern auch das Bekenntnis dieses Strebens unter den gegenwärtigen Verhältnissen für durchaus nothwendig erachten, ein fernereres Zusammengehen mit ihrer politischen Ueberzeugung nicht vereinigen könnten.

Aus diesen Gründen erlauben wir die Schleswig-holsteinischen Vereine, die untenstehende Erklärung als Antrag für die bevorstehende Delegirtenversammlung zu unterbreiten, und bemerken wir, daß diesem Antrag bereits die Vertreter der Schleswig-holsteinischen Vereine in der Umgebung von Kiel einstimmig beigetreten sind. Kiel, 14. Febr. 1865. Namens des Vorstandes des Schleswig-holsteinischen Vereins: H. D. Lange, Haenel, R. v. Keergard, M. Schlichting.

Von dem Kieler Verein ward folgende Erklärung für die Delegirtenversammlung vorgelegt:

1) Im Bewußtsein der Ueber einstimmigkeit mit dem Willen und der Rechtsüberzeugung der Gesamtbevölkerung unseres Landes und in der Ueberzeugung, zum Besten unseres Vaterlandes zu handeln, halten wir fest: an der auf Grund des Rechts gelobten Treue zu unserm Herzog Friedrich VIII., — halten wir fest: an der Forderung, daß bei der zu beschleunigenden Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse sowohl im Innern als in Beziehung zu Deutschland dem Herzog und den gesetzlichen Vertretern des Landes eine entscheidende Stimme zufließt.

2) Wir erklären uns aber gleichzeitig bereit, unbeschadet der innern Selbständigkeit des Landes und auf Grund eines durch den Herzog unter gegenseitiger Mitwirkung der Landesvertretung zu schließenden Vertrages eine engere Verbindung mit Preußen einzugehen in denjenigen Angelegenheiten, deren gezielte Entwicklung ohne Anlehnung an die norddeutsche Großmacht weder für Schleswig-Holstein noch für das übrige Deutschland möglich ist.

Schleswig, 18. Febr. Wie man dem „Alt. Merk.“ schreibt, werden auf den Wunsch des Hrn. v. Halbhüter zu der preussischen Garnison auch einige Kompagnien Defertreicher hierher verlegt werden, damit am Sitze der provisorischen Zentralregierung beide Mächte militärisch repräsentirt werden.

Flensburg, 16. Febr. Zufolge Nachrichten, die der „B.- und H.-Ztg.“ aus Kopenhagen zugegangen, verlangen die Zivilkommissare Oesterreichs und Preußens die Aufhebung der hiesigen dänischen Zilla Bank, während man dänischer Seits keineswegs geneigt scheint, sich mit diesem Geldinstitut aus dem Lande zurückzuziehen, vielmehr damit umgehen soll, sich den jetzigen Münzverhältnissen anzubehalten.

Berlin, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Justizminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des westpreussischen Provinzialrechts von 1729 für die Kreise der Provinz Pommern, wo es noch in Geltung ist, ein. Abg. Reichenhelm motivirte die Genehmigung der Bankvorlage, während man dänischer Seits keineswegs geneigt scheint, sich mit diesem Geldinstitut aus dem Lande zurückzuziehen, vielmehr damit umgehen soll, sich den jetzigen Münzverhältnissen anzubehalten.

Der Staat müsse durch eine Bank die Hügel über die Geldmacht in der Hand haben. Michailis gegen die Vorlage, weil er eine Erweiterung der Notenemission für unzumuthbar halte. Der Regierungskommissar v. Dechen: Die Regierung sei stets davon ausgegangen, daß 1/2 Baardrückung für die Noten nicht ausreiche. Wenn großer Begehr nach Metall sei, so verlange man mehr als 50 Prozent. Dieser Grundsatz, dessen Solidität Vorredner anerkannt habe, werde nicht verlassen werden. Aber die Regierung halte es für ein dringendes Bedürfnis, für ganz Deutschland eine einheitliche Bank zu besitzen, und die preussische Bank sei einzig im Stande, diesem Bedürfnis zu entsprechen. Es sind zwei Anträge eingegangen, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Der Antrag wird angenommen und beschlossen, der Handelskommission 7 Mitglieder zuzufügen.

Der englische Konsul in Hamburg, Hr. Ward, ist, wie es heißt, wegen Abschlußes eines Handelsvertrages zwischen Preußen und England hier anwesend.

Berlin, 19. Febr. Wie verlautet, ist am Freitag Abend von hier nach Wien eine diplomatische Kundgebung abgegangen, welche die Forderungen der hiesigen Regierung in

Bezug auf das künftige Verhältniß der Elbherzogthümer zu Preußen darlegt. Im Wesentlichen sollen diese Forderungen auf die Erwerbung eines preussischen Kriegshafens, auf den Abschluß einer Militär- und Marinekonvention, auf die diesseitige Anlegung und Beaufsichtigung des projektierten Nord-Deisee-Kanals, und auf die dauernde Einräumung von Besatzungslagen für preussische Truppen in Nordschleswig ausgehen. So wird wenigstens von Personen versichert, deren Glaubwürdigkeit zu bezweifeln wir bisher noch keinen Grund hatten.

Wie die „Voss. Ztg.“ hört, ist durch den Justizminister der Geh. Obertribunal-Rath und Kronsyndikus Hefster zum Referenten für das Gutachten der Kronsyndici in Bezug auf die Erbansprüche auf Schleswig-Holstein bestimmt worden.

Wien, 18. Febr. Zur Ergänzung unseres betr. telegraphischen Berichts theilen wir folgendes Nähere über die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses mit:

Minister Graf Mensdorff erhebt sich, um die von Dr. Mühlfeld in Betreff Schleswig-Holsteins gestellte Interpellation zu beantworten. Der Minister bemerkt, daß er noch nicht in der Lage sei, eine entscheidende Auskunft über diese Angelegenheit zu geben; die Regierung müsse hienüt zurückhalten, da sonst die schwebenden Verhandlungen dadurch beeinträchtigt würden. Was jedoch die geforderte Vorlegung des mit Dänemark geschlossenen Friedensvertrages betreffe, so müsse die Regierung erklären, daß sie eine Verpflichtung hiezu nicht anzuerkennen vermöge, da eine Belastung der Staatsfinanzen durch diesen Vertrag in keiner Weise erfolgt sei. Der Minister bemerkt ferner noch: Die Regierung halte bei den Verhandlungen über die Stellung der Schleswig-holsteinischen Herzogthümer an den Gesichtspunkten fest, von denen sie bisher in dieser Frage sich habe leiten lassen, und sie hoffe eine Lösung derselben herbeizuführen, welche die Richtigkeit des bisher eingeschlagenen Weges beweisen werde.

Minister Schmerling bemerkt mit Bezug auf die Interpellation, betreffend die Verhängung des Belagerungszustandes über Galizien, er habe gewünscht und gehofft, schon heute in der Lage zu sein, diese Interpellation zu beantworten; indes seien noch einige Nachweisungen im Rückstande, und er erwiedere daher, durch die bezügliche, in der letzten Sitzung gestellte Interpellation gedrängt, daß er jene Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten werde. (Einige Heiterkeit.)

Minister Laffer beantwortet die Interpellation in Betreff der Errichtung von Fideikommissen. Er sagt: Allerdings seien seit der Erlassung des Februar-Patentes von Sr. Majestät Bewilligungen zur Errichtung von Fideikommissen erteilt worden. Die Regierung halte dafür, daß die Bewilligung zur Errichtung von Fideikommissen Sr. Maj. dem Kaiser allein zukommen; die Bewilligung von Fideikommissen sei ein Akt, welcher im Enadenweg zu Stande komme, und daher der Mitwirkung des Reichsraths nicht bedürfe.

Finanzminister Plener bringt, anknüpfend an die bekannte Stelle der Chronik, das Budget für 1866 ein. Zwei Momente haben, nach der Darlegung des Finanzministers, die Regierung bewegen, das Budget für 1866 noch im Lauf dieser Session einzubringen: die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushaltes und das Interesse an der Entwicklung des Verfassungslebens. Ein verfassungsmäßiges Hinderniß, das Budget noch in der laufenden Session zu beraten, bestehe nicht. Im Vergleich mit dem Staatsvoranschlag für 1866 ergeben sich bei den einzelnen Etats Erforderniß-Vinderansprüche von 14,7 Millionen, Mehransprüche im Betrag von 8,8 Millionen. Der wesentlichste Posten des Mehranspruchs ergebe sich bei der Schuldentilgung, welche, entsprechend der gesteigerten Rückzahlungs-Zahresquote der Bankschuld, um 6 Millionen höher als im Vorjahr sei. Unter den Vinderansprüchen befände sich das Erforderniß für das Kriegsministerium, das um 5 Millionen niedriger veranschlagt sei, als im Budget für 1865. Die Bedeckung sei um 5,4 Millionen geringer veranschlagt als für 1865. Da keine Gemüßheit sei, daß die Steuerreform noch im Lauf dieses oder des nächsten Jahres zur Durchführung gelangen werde, so müsse die Regierung auf der Fortdauer der bestehenden Steuer-, Stempel- und Gebührenerhöhungen bestehen. Im Ganzen werden für 1866 für die Staatsschuldentilgung 66 Millionen Gulden in Anspruch genommen. Bringe man hievon 5,4 Millionen auf Rückzahlung von Lotto-Anleihenkapitalen und Gewinnsätzen in Abzug, so bleiben noch immer 60,6 Millionen als wahre Kapitalrückzahlung. Da unter den Einnahmen 44 Millionen als Erlös aus dem Verkauf von Staatsgütern u. dergl. fließen, so müsse der Restbetrag von 16,6 Millionen aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Die Einnahmen sind im Ganzen auf 512,8, die Ausgaben auf 542 Millionen präliminirt. Es ergebe sich demnach ein Abgang von 29 Millionen. Bringe man hievon 16,2 Millionen in Abzug, welche aus den laufenden Einnahmen genommen und zur Schuldentilgung verwendet werden, so beziffere sich das wirkliche Gebahrungdefizit auf 12,8 Millionen. Von 1867 an werde sich die Schuldentilgung um mehr als 40 Millionen Gulden jährlich vermindern. Von diesem Zeitpunkt an könne die völlige Beseitigung des Defizits erwartet werden. Der Minister bemerkt noch, daß bei der Zusammenstellung dieses Staatsvoranschlages auf etwaige Zugestehungen von Revidements, und zwar von Revidements innerhalb eines längern Zeitraumes, nicht Rücksicht genommen worden sei. Durch diese Zugeständnisse könnte eine jedenfalls noch sehr wesentliche Herabminderung des veranschlagten Defizits erzielt werden.

Italien.

* Turin, 13. Febr. Man meldet dem Pariser „Moniteur“, daß die Verlegung der einzelnen Ministerien

nach Florenz viel schneller vor sich gehen wird, als man bisher geglaubt hat. Der Minister des öffentlichen Unterrichts ist bereits vollständig übergeben, und das auswärtige Amt wird in wenigen Tagen nachfolgen. Der Handelsminister hat bereits in einem Rundschreiben angezeigt, daß am 1. April seine Bureaus nach Florenz verlegt werden; am 10. Mai wird der größte Theil des Personals des Innern Turin verlassen. Nur die Verwaltung der Wohlthätigkeitsanstalten und Gefängnisse bleibt noch einige Zeit länger zurück. — Der Gesamtbetrag der Entschädigungssummen, welche von den abgehenden Beamten für die Auflösung ihrer Mietverträge bezahlt werden sollen, wird auf höchstens 350,000 Fr. geschätzt. — Das Parlament arbeitet inzwischen an der Herstellung der legislativen Einheit in dem neuen Königreich. Es soll, wenn einmal die neue Hauptstadt bezogen ist, nur noch ein Zivil-, Straf- und Handelsrecht, nur noch eine Prozedur zc. geben. Was die Todesstrafe anbelangt, so möchte das Ministerium die Frage vorläufig noch unentschieden lassen. Sie soll im Gesetzbuch noch nicht gestrichen, aber auch in Toscana, wo sie schon früher abgeschafft wurde, nicht wieder eingeführt werden. Prinzipiell soll sie später im ganzen Königreich abgeschafft werden, einzelne Fälle ausgenommen, die durch das Militärgesetz und die Bestimmungen zur Unterdrückung des Räuberwesens vorgegeben sind. — Am Zustandekommen der Zivilehe wird kaum noch gezweifelt.

Turin, 16. Febr. (Köln. Ztg.) Vorgefien ist Mgr. Speranza, Bischof von Bergamo, vor dem Untersuchungsrichter erschienen, um sich wegen der Anklage zu verantworten, in der Ausübung des Gottesdienstes die Staatsinstitutionen angegriffen zu haben. In Begleitung des Bischofs kamen mehrere Priester und Diener in Kirche. Speranza selbst trug das bischöfliche Kleid und segnete nach rechts und links die Begegnenden und die Beamten des Gerichts. Vor Gericht fing der Bischof damit an, Einsprüche gegen die ihm angethane Gewalt zu erheben; darauf theilte er dem Richter, dem königl. Procurator und dem Gerichtsschreiber mit, daß sie alle Drei die höhere Exkommunikation verdienen, weil sie einen Würdenträger der heil. Kirche vor ein weltliches Gericht gerufen haben.

Turin, 17. Febr. Der König hat sich mit der Turiner Deputation länger als eine Stunde unterhalten und namentlich auf seine große Liebe zur Bevölkerung Turins den Ton gelegt. Gleichzeitig drückte er seine Befriedigung über die jetzt wieder in dieser Stadt herrschende Ruhe und Ordnung aus; er habe sie nur mit tiefem Schmerz verlassen, und er würde sich glücklich schätzen, wenn ihm die Obliegenheiten seiner Regierung gestatten würden, nächstens wieder einige Tage in seiner Geburtsstadt zuzubringen.

Turin, 18. Febr. In der heutigen Sitzung beschloß der Senat die Dringlichkeit der Debatte über die eingereichte Petition wegen der September-Ereignisse, die von 11,000 Turiner Bürgern unterzeichnet wurde.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris ist gestern vom Kaiser gelesen und gebilligt worden. Bemerkenswerth ist bei diesem bischöflichen Manifest vor Allem, daß es nicht ausdrücklich wie die anderen Hirtenbriefe die Encyclica als seine Veranlassung erwähnt, sondern daß es vielmehr als der überall bei Beginn der Fasten gebräuchliche Hirtenbrief mit der Anweisung über die zu beobachtenden Fastenregeln auftritt und gleichsam nur gelegentlich die Encyclica zum Gegenstand seiner Besprechung macht. Was nun diese Besprechung angeht, so sucht sie von Frankreich und seiner Regierung alle die Beschuldigungen abzuwälzen, welche man in der Encyclica gefunden hat. In der abschwächenden Interpretation der verdammenden Sätze der Encyclica und des Sphylabus nähert sich Mgr. Darbois dem Bischof von Orleans; dagegen spricht sich ihr ganzer Gegensatz in der Stelle des Darbois'schen Schriftstückes aus, wo der Erzbischof seinem Klerus ausdrücklich erklärt, daß und warum er die Encyclica nicht verkündigen lasse. Wir heben aus dem Hirtenbriefe nach der „France“ folgende Stelle aus:

Rein, mein Vaterland, du schiffst Niemanden, der dich kennt, Mithrauen ein; du thust nichts, was die guten Beziehungen zwischen Kirche und Staat verwirren oder in dem alten Europa den heilsamen Einfluß der Religion vermindern könnte. Rein, mit deinem hohen Geiste und großen Herzen wirst du niemals zugeben, daß das Christenthum wie ein zurückgebliebenes System der Erziehung betrachtet werde, das bloß für den großen Haufen paßt, oder für eine anspruchsvolle Beschäftigung, die man frommen Seelen lassen müsse, oder für ein einfaches Aderwerk, das in dem Mechanismus der Gesellschaften mitwirkt. Du hast einen höhern Standpunkt, einen weitem Horizont, dein religiöses und stolzes Bewußtsein läßt dich zu solchen klaren Auffassungen einer zum Glück jetzt nur noch seltenen Impietät nicht kommen. Seit fünfzehn Jahrhunderten dienst du mit Ruhm der Sache des Katholicismus, welche die Sache der Zivilisation ist. Deine Vergangenheit bürgt für deine Zukunft; du wirst nach wie vor der Kirche und ihrem erhabenen Haupte einen Schutz verleihen, der dir zur Ehre gereicht und dein moralisches Ansehen in der Welt vergrößert. Die Jänkerien über Form- oder rein juristische Fragen können vor den Fragen der Gerechtigkeit und Ehre, die du in so edler Weise auffassest und lösest, nicht Stand halten. Du bist ritterlich und die Sache des Schwachen ist dir heilig und theuer. Du bist der Krieger Gottes und wirst einen wehrlosen Priester nicht im Stiche lassen; du bist das Älteste der christlichen Völker und wirst nach wie vor auch das treueste von allen gegen das Papsttum, deine Mutter und Vormünderin, sein.

Wilst Du, heiliger Vater, auch die Bitten Deiner hören, der nicht der mindeste ergebene Deiner Söhne ist? Ausleger einer Lehre, die in allen Dingen das letzte Wort hat und durch ihre Unwandelbarkeit über die Wandelbarkeit der Zeit und über den Unbestand der menschlichen Vernunft erhaben ist und mit einem einzigen festen Blicke den allgemeinen Stand der Geister umspannt, Du hast die Hauptirrhümer unseres Zeitalters genannt und verdammt. Jetzt wende Deine Augen auf Das, was dieses Zeitalter Ehrenwerthes und Gutes hat, und unterstütze es in seinen hochherzigen Bestrebungen durch die Gnade Deiner Gebete, sowie durch die Autorität Deiner Rathschläge. Dein Tadel ist mächtig, o Statthalter Christi, aber Dein Segen ist noch viel stärker. Gott hat Dich auf den apostolischen Stuhl

gesetzt zwischen den beiden Hälften dieses Jahrhunderts, um zu schließen die eine und einzuleiten die andere. Deines Amtes ist es, die Vernunft mit dem Glauben, die Freiheit mit der Autorität, die Politik mit der Kirche zu versöhnen. Von der Höhe der dreifachen Majestät, womit Religion, Alter und Unglück Dich bekleidet haben, vermagst Du nichts zu sagen, nichts zu thun, das nicht eine bedeutende Tragweite hätte und das nicht die Völker entweder ängstige oder ermutigende. Nimm aus Deinem großen priesterlichen Geiste eines jener Worte, welche die Vergangenheit begnadigen, die Gegenwart berechtigen, und der Zukunft neue Gesichtskreise öffnen. Das moderne Europa gleicht dem auf den Fluthen festgebannten Schiffe, der das Vorgebirge der Stürme nicht umschiffen kann: Institutionen und Gebräuche, Sitten und Ueberzeugungen, Werke und Lehren, eine Monarchie, welche durch vierzehn Jahrhunderte geleiteter Dienste verherrlicht ist, ein Kaiserthum, das von Ruhm und Genie gegründet ward, ein Thron, der sich auf Interessen und öffentliche Meinung stützt — seit sechzig Jahren treibt der Sturm des freien Gedankens alle diese gewaltigen Dinge vor sich her gleich den bewegten Wogen eines sturmgepeinigten Meeres. Und inmitten dieser Bewegungen und Drohungen kannst Du allein, o inspirirter Pilot, Nachfolger des Schiffers von Galiläa, kannst Du allein wirklich der Menschheit helfen, daß sie das Sturmkap der Zukunft umschiffe und mit weniger Unsicherheit und Gefahr den Pfad ihrer ewigen Geschichte wieder gewinne. So segne denn die edle Weltfaherin, o heiliger Vater, segne vor Allem Frankreich, auf daß es immerdar christlich und glücklich bleibe und seine auf Gerechtigkeit gegründeten Unternehmungen stets von Erfolg gekrönt sein.

Das Urtheil erster Instanz in dem Marseller Hase n-prozesse ward bestätigt. In Erwägung, daß die Verurteilung der Aktionäre den Beschluß gefaßt hatte, die Fusion sei betrügerischer Weise zu Stande gekommen, diese Fusion aber einmal vollbrachte Thatsache ist und als das Glück des Unternehmens betrachtet werden muß, so ist kein Grund vorhanden, die Nichtigkeit auszusprechen; wegen der Fehlgänge bei der Berathung der Aktionäre beschließt der Hof jedoch, daß die Appellanten, die austreten wollen, mit 650 Fr. per Aktie abgefunden werden sollen. Die Angeklagten wurden in die Kosten verurtheilt. — Die „Indep. Belge“ sprach von einem Schreiben der Kaiserin Charlotte an die Kaiserin Eugenie, worin Erstere sich über die Feindseligkeit des mexikanischen Klerus beschwert. Der „Constitutionnel“ erklärt sich für ermächtigt, diese Nachricht als erfunden zu bezeichnen. — Kaiser Maximilian hat, nach den neuesten Nachrichten aus Mexiko, einen neuen Ritterorden, „den mexikanischen Adler“, gegründet und das Großkreuz mit Collier dem Kaiser Napoleon, dem Kaiser Franz Joseph, dem König Leopold, dem Kaiser Alexander, dem Kaiser Dom Pedro, dem König Victor Emanuel und dem König von Schweden verliehen. Ein 1100 Mann starkes Korps Oesterreicher war am 30. Dez. in Mexiko und ein Korps Belgier (394 Mann) in Orizaba angekommen. — Die „Enquëte“ ist auf Ansuchen der ursprünglichen Petitionäre auf 1 Monat vertagt. — Einiges Aufsehen erregt die Wahl des (Oppositionsabgeordneten) Darimon zum Sekretär des Gesetzgeb. Körpers. — Rente 67.50, Cred. Mob. 97.25, Disb. 518.75, ital. Anl. 65.20.

Paris, 18. Febr. Das Blaue Buch ist nun ebenfalls erschienen; es enthält die Berichte der einzelnen Ministerien über die innere Lage des Kaiserreichs. Es füllt 205 Seiten, enthält jedoch wenig Neues, was für das auswärtige Publikum von Interesse sein könnte. Namentlich findet man da, wo man sie hauptsächlich finden möchte, nur unzureichende Angaben von Zahlen, sowie z. B. in den Kapiteln, welche über die Finanzen, die Armee und die Flotte handeln. Am Schluß des Blauebuches findet sich jedoch auch noch eine Darlegung der auswärtigen Politik und des auswärtigen Handels des Kaiserreichs, und wir finden unter der ersten Rubrik zunächst eine Darlegung der Schleswig-holsteinschen Angelegenheit und der Stellung, welche Frankreich zu derselben eingenommen hat und jetzt noch einnimmt. Es wird, wie dies bereits in mehrfachen Aktenstücken und bei früheren Veranlassungen geschah, in dieser Darlegung die neutrale Haltung Frankreichs zwischen seinen Sympathien für Dänemark und seinen guten Absichten für Deutschland gebührend betont; nur klingt dieser Ton dieses Mal bereits ein klein wenig schärfer, wie man aus folgender Stelle ersuchen mag:

Wir konstatiren zu unserm Bedauern, daß die der dänischen Monarchie auferlegte Lösung den von uns ausgeprochenen Wünschen nicht entspricht. Die Bevölkerung ist über ihre Geschichte nicht befragt worden, der skandinavische Theil von Schleswig wurde nicht bei Dänemark belassen, an welches ihn doch eine unbestreitbare Gemeinschaft der Sitten, der Abstammung und der Sprache festhält, und Deutschland hat sich somit selber in die falsche Lage gebracht, welche es dem Kopenhagener Kabinett so lange vorgeworfen hat.

Diese Sachlage hat bereits in den Herzogthümern Schwierigkeiten hervorgerufen, die sich nicht minder im Schoß des Deutschen Bundes bemerkbar machen, und die Erfahrung hat rasch die Voraussetzungen der Regierung Er. Maj. gerechtfertigt. Indem sie von der einen wie der andern Seite Berücksichtigung des Nationalprinzips, der einzigen Grundlage eines dauerhaften Friedens, verlangte, war sie sich bewußt, die zugleich praktische und gerechteste Lösung vorzuschlagen. Die heutigen Vorgänge scheinen dies zu beweisen. Die Lage der Herzogthümer ist in der That eben so abnorm als unsicher, und die unangenehme Ungewißheit, welche auf der Zukunft lastet, gefährdet in erster Reihe ihre moralischen wie ihre materiellen Interessen. Die Bewohner des dänischen Theils Schleswigs protestiren gegen ihre Annerxion an Deutschland. Die Erbfolgefrage harret noch ihrer Regelung und erregt bedauerliche Debatten zwischen den verschiedenen deutschen Kabinetten. Die Regierung des Kaisers, die sich des Interesses in die Streitigkeiten der deutschen Mächte enthält, konstatirt mit Vergnügen, daß dieselben der Loyalität Frankreichs Gerechtigkeit zu Theil werden lassen. Allein da die kaiserliche Regierung weder die Bedingungen des Gleichgewichts im Norden, noch die Tragweite der gegenwärtigen Ereignisse zu verkennen vermag, so bestrebt sie den aufrichtigsten Wunsch, daß die Herzogthümerfrage bald in endgiltiger Weise geregelt werde, ohne daß die europäischen Interessen dadurch bloßgestellt werden und die allgemeine Lage sich verwickelt.

Ueber den amerikanischen Krieg wird gesagt, daß er mit unbeugbarer Entschlossenheit von beiden Seiten fortge-

führt werde, und daß jetzt eben so wenig wie vor einem Jahr sein Ausgang abzusehen sei. Wie aus der Darlegung hervorgeht, hatte die französische Regierung eine billige Entschädigung für diejenigen ihrer Staatsangehörigen verlangt, welche durch Zwangsleistungen oder eigenmächtige Forderungen der Unionsbehörden gelitten hätten, allein mit schlechtem Erfolg, denn die betreffende Stelle schließt mit der Bemerkung: „Wir wünschten beifügen zu können, daß unsere Schritte den Erfolg gehabt haben, den wir zu hoffen berechtigt waren.“

Von der Lage des mexikanischen Kaiserreichs wird in zuversichtlichem, jedoch stets in der zukünftigen Zeit gehaltenem Ton gesprochen. Den andern zuversichtlichen Erwartungen schließt sich zuletzt folgende an: „Wir zweifeln nicht daran, daß die neue Regierung selber die loyale Ausführung der Frankreich gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten als die erste ihrer Pflichten ansehen wird.“

Paris, 19. Febr. (W. R. Z.) Die „Patrie“ hat Nachrichten aus Mexiko, welchen zufolge der General Vicario, der sich dem Kaiser Maximilian angeschlossen hatte, in der Nacht des 8. Januar Mexiko verlassen und sich nach Guernavaca gewendet hat, um daselbst ein Pronunciamento zu Gunsten der ultraliberalen Partei zu machen. Die „Patrie“ fügt hinzu, daß Vicario's Unternehmen keinerlei Aussicht auf Erfolg habe.

Spanien.

Aus Madrid, 17. Febr., wird telegraphirt: „Heute wiederholte der Kolonialminister im Kongreß, daß er Gesetzentwürfe einbringen werde, welche auf die strenge Unterdrückung des Sklavenhandels und auf ökonomische Verwaltungsreformen abzielen. Die Debatte über den die Vorausserhebung der Steuern betreffenden Gesetzentwurf wird am Mittwoch beginnen.“

Es heißt jetzt, die in dem Friedensvertrag mit Peru ausbedingene, an Spanien zu zahlende Entschädigungssumme betrage 36,000,000 Realen. Früher war von 100,000,000 oder gar von 400,000,000 Realen die Rede.

Portugal.

Lissabon, 19. Febr. (Sch. M.) Das Ministerium hat in der Pairskammer eine Niederlage erlitten. Es geht das Gerücht, dasselbe habe seine Entlassung eingereicht und der König den Visce. da Bandeira berufen.

Rußland und Polen.

Warschau. Die Nachricht, daß bereits die Reorganisation des Königreichs Polen dekretirt sei, wird jetzt von allen Seiten in Abrede gestellt. Auch die hieserliche „Generalkorresp.“ hat einen Warschauer Brief, der ausdrücklich sagt, die Nachricht sei aus böswilliger Absicht, Rußland zu schaden, verbreitet worden. Der „Bresl. Ztg.“ wird nun aus Warschau, 15. Febr., geschrieben, es sei allerdings richtig, daß auf amtlichem Wege aus Petersburg ein Reorganisationsplan eingetroffen war, derselbe sei aber noch nicht bestätigt, sondern nur zur Begutachtung der Warschauer Oberbehörde vorgelegt. Uebrigens sei dies auch mit noch anderen Plänen geschehen. Die Pariser Blätter sprechen sogar von „sieben Ukasen“ (was denn also auch nur Projekte sein würden), deren einer die Erhöhung der Beamtengehälter betreffe soll. Der „Bresl. Ztg.“ zufolge wäre das Projekt, das ganze Land in Präfekturen zu theilen zc., „das letzte in der Zeit“. Alle ausländischen Blätter, welche obige Nachricht aus Warschau vom 10. Febr. gebracht, sind übrigens sämmtlich in Polen konfisziert worden, selbst die „Kreuz-Ztg.“ nicht ausgenommen.

Von Kofocin, Station an der Warschau-Wiener Bahn, soll eine Zweigbahn nach der Fabrikstadt Łódź gebaut werden. Der Plan ist am 14. Febr. vom Administrationsrath in Warschau genehmigt und 5 Prozent Zinsen garantiert worden.

Warschau, 17. Febr. Heute wurden in der Zitadelle wieder zwei Todesurtheile vollzogen, und zwar an dem Warschauer Bürger Emanuel Szafarczyk und dem gewesenen Studenten der St. Petersburger Universität, A. Baglowski. Beide wurden durch den Strang hingerichtet. Sie hatten nach der veröffentlichten Sentenz einen hervorragenden Antheil am letzten Aufstande gehabt, Ersterer auch als Hauptanführer der Attentate auf Wielopolski, Trepow und andere Regierungsbeamte; dem Zweiten fällt unter Anderem auch zur Last, daß er 52 topographische Karten aus den Archiven des Finanzdepartements entwendet und an die Insurgentenführer versendet hat. — Auch im Grobnoer Gouvernement hat am 23. v. M. im Dorfe Bafki die Hinrichtung des Viregers Swientorzecki stattgefunden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 5. Febr. (Hamb. Nachr.) Vor einigen Tagen hatten wir an mehreren Abenden Straßenaufmäufe vor dem Hause eines Exekutionsbeamten, woran gegen 3- bis 4000 Personen Theil nahmen und die schließlich durch Kavallerieabtheilungen auseinandergetrieben werden mußten.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 16. Febr. Die Kammer votirte in ihrer gestrigen Sitzung eine Anleihe von 150 Millionen türkischen Pfastern zur Entschädigung der griechischen Klöster. — Bafaresco ist zum Vizepräsidenten des Staatsrathes ernannt worden.

Aus Bukarest, 18. Febr., wird telegraphirt, das von der Regierung vorgelegte Gesetz, wonach der Fürst das Recht haben soll, den Metropolitan und die Bischöfe zu ernennen, bezw. abzusetzen, sei vom Senat angenommen worden, wobei der Metropolitan selbst, als Präsident des Senats, dafür gestimmt habe.

Großbritannien.

London, 18. Febr. Parlamentsverhandlungen am 17. Febr.

Im Oberhaus legt Carl Cranville zwei Erlasse über das Ele-

mentar-Schulwesen vor, welche die Vereinigung mehrerer Schulen begünstigen, damit sie dadurch die Mittel erlangen, einen geprüften Lehrer und eine Inspektion zu haben. Der zweite Erlass soll die Abendschulen verbessern. Auf Antrag des Marquis Townshend wird die Vorlegung der ganzen Korrespondenz über die Einführung einer Nonne, Namens Mary Ryan, angeordnet.

Im Unterhaus zeigt Henry die Absicht an, binnen Monatsfrist die Aufmerksamkeit des Hauses auf die von England in Bezug auf Polen eingegangenen Verbindlichkeiten zu lenken, und das Verfahren in Polen, sowie die von Seiten Englands fortbauende Abzahlung des russisch-holländischen Anlehens zur Sprache zu bringen. Watkin richtet an den Unterstaatssekretär des Auswärtigen die Frage, ob Hr. Burnley Hume noch den brittischen Gesandten in Washington vertritt, und, wenn dies der Fall sei, wann man erwarten dürfe, daß Ihrer Majestät Gesandter, Lord Lyons, seinen Posten wieder selbst antreten werde? Hr. Layard erwidert: Ich würde es sehr bedauern, wenn in der Frage meines ehrenw. Freundes ein Tadel läge gegen Lord Lyons, weil er von seinem Posten abwesend ist (hört, hört!); aber ich freue mich dieser Gelegenheit, Zeugnis ablegen zu können für den merkwürdigen Eifer und Eifer, für die Umsicht und das Talent, womit Lord Lyons während eines höchst kritischen und wichtigen Zeitraumes in Washington die Angelegenheiten Englands besorgt hat. (Hört! hört!) Unter den vielen tausend Fällen mit denen Lord Lyons zu thun hatte, war kein einziger, in welchem ihm nicht die vollste Billigung seiner Regierung zu Theil geworden wäre; und das Haus wird vielleicht nicht ohne Interesse hören, welche Maße von Geschäften in den letzten drei oder vier Jahren von der Gesandtschaft in Washington verhandelt worden ist. Die Korrespondenz eines einzigen Jahres füllt 60 große Folio-Bände; in weniger als drei Jahren wurden in unserem Register 13,948 Korrespondenzstücke eingetragen. Dies waren lauter einzelne Depeschen. Fast alle enthielten Anträge; in einer waren nicht weniger als 203. Der Gentleman, der im vorigen Jahr die Liste der brittischen Forderungen anfertigte, brauchte sechs Wochen zu dieser Arbeit. Ich glaube, daß man nach solchen Mäßen sich nicht darüber zu wundern braucht, wenn die Gesundheit des Gesandten gelitten hat. Er befindet sich jetzt auf Urlaub in der Heimath, und ich bin gewiß, daß das Haus es nicht recht oder geziemend finden würde, wenn Ihrer Maj. Regierung ihn bringen wollte, sich zu entscheiden, ob er auf seinen Posten zurückkehren wolle oder nicht. Burnley Humes Geschäftsleitung hat den vollen Beifall von Ihrer Maj. Regierung.

Sir S. Cairns beantragt verschiedene Vorlagen über die Untersuchungskommission, welche durch die vorjährigen abscheulichen Unruhen in Belfast veranlaßt worden ist, und knüpft daran einen heftigen Angriff auf die Kommission und die Regierung. Das ganze Verfahren habe von Parteilichkeit gegen die Orangisten und für die Katholiken gezeigt. Sir Rob. Peel verteidigt die Regierung in längerer Rede und sagt, der Antragsteller hätte mit seiner Motion warten sollen, bis der Bericht der Untersuchungskommission vorliegt. Lord G. Hamilton stimmt dem Antragsteller bei. Als der Grundstein zum Denkmale O'Connell's gelegt wurde, hätten 100,000 Mann in Dublin 100 Fahnen getragen, ohne daß die Regierung einen Finger dagegen rührte; aber wenn in Ulster ein halb Duzend Jungen mit einer Fahne durch die Straßen zögen, werde gleich eingeschritten. Mr. Mahon empfiehlt der Regierung, Irland genau wie eine englische Grafschaft zu behandeln und den vikarialisirten Hof abzuschaffen. Whitley de bethelugt die Regierung, daß sie Irland im Interesse einer Clique regiere und die britische Gentry (d. h. die Gutbesitzer) von allem Antheil an der Handhabung der Justiz ausschliesse. Wie populär auch der Premier sein möge, so werde sich Irland doch dieses Entschens nicht lange mehr gefallen lassen. Sir G. Grey, der dem letzten Redner antwortet, hebt hervor, daß die bei der O'Connell-Feier in Dublin gebrauchten Fahnen keine Parteifahnen, sondern Silber- oder Zinnschilde mit nationalen, nicht aber politischen Abzeichen und Wappenthiere gewesen seien. Der Vorwurf ungleicher Anwendung desselben Gesetzes falle daher in nichts zusammen. Hoffentlich werde der Kommissionsbericht ein gutes Geleitz zur Beseitigung solch schmachvoller Szenen wie die Belfast'sche zur Folge haben. Nachdem noch einige Redner kurze Bemerkungen gemacht, wird der Gegenstand verlassen.

Amerika.

Neu-York, 31. Jan. (Köln. Hg.) Die angeblich unter den Leitern des südlichen Aufstandes ausgebrochenen Zwistigkeiten sind lange nicht Das, was die nördlichen Blätter aus ihnen machen möchten; jedenfalls dürfen sie nicht als Beweis für den herannahenden Untergang des Südens betrachtet werden. Es ist allerdings wahr, daß Davis halb und halb gezwungen wurde, Lee zum Oberbefehlshaber sämtlicher der südlichen Armeen zu ernennen und Johnston wieder ein seinem Range angemessenes Kommando zu geben; indessen beweist diese Maßregel an sich noch lange nicht, daß Davis' Tage gezählt sind. Auch von der weis- und demüthigen Stimmung, welche die südlichen Staaten, vor allen Georgia, so weit es im Besitze der Bundesarmee sich befindet, ergriffen haben soll, ist in der That nicht viel wahrzunehmen. Die Georgier erklären, sie wollten erst den Ausgang der nächsten großen Entscheidungsschlacht abwarten, ehe sie sich zur Rückkehr in die Union meldeten. Es müssen daher noch ganz andere Schläge fallen, um den Süden zu brechen: Lee muß erst mit seiner ganzen Armee geschlagen und wo möglich vernichtet werden, um selbst den Versuch fernern Widerstandes unmöglich zu machen. Sherman hat Recht, wenn er dem Norden rät, die Regierung so kräftig zu unterstützen, daß sie zur Noth den Krieg noch vier Jahre fortführen könne; denn diese Politik sei das sicherste Mittel, ihm in vier Monaten ein Ende zu machen. Die im jüngsten Aufruf des Präsidenten geforderten 300,000 Mann haben sich nur in sehr schwacher Proportion freiwillig gestellt; es wird beßhalb am 15. Febr. zur Ziehung geschritten werden.

Neu-York, 6. Febr. Eine frühere Angabe, daß General Hood seines Kommando's enthoben und durch Joe Johnston ersetzt worden sei, ist nur ihrem ersten Theil nach richtig gewesen. Hood ist „auf eigenes Ersuchen“ seines Postens entbunden worden, wie aus einem am 23. Jan. erlassenen und aus Tupelo (Mississippi), Hauptquartier der Tennessee-Armee, datirten Armeebefehl hervorgeht, in welchem er von seinen Truppen Abschied nimmt; doch hat nicht Joe Johnston, sondern General Dick Taylor seine Stelle eingenommen. Die Richmonder „Dispatch“ nennt die nord-

staatlichen Berichte von dem letzten Feldzug in Tennessee ungeheuer übertrieben; sie behauptet, Hood habe seine eigenen Verluste an Thomas und Doppelte gerächt, und die südstaatliche Armee sei mit Artillerie wohl versehen, und weder entmuthigt noch demoralisirt. Mittheilungen des Nordens lauten anders. Die „Nashville Union“ schreibt, daß zuverlässigsten Nachrichten zufolge Taylor's (weiland Hood's) Armee in rascher Auflösung begriffen sei, und Deserteure zu Hunderten in die Linien der Bundesarmee überliefen. Damit übereinstimmend meldet ein Korrespondent des „New-York-Herald“ vom 25. v. M. aus Castport, daß täglich eine große Anzahl Ueberläufer von den Rebellen eintämen; die Armee des Generals Thomas habe eine äußerst gute Stellung und vortreffliche Quartiere, mit Ungebuld erwarte sie die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. In einer zu Corinth gehaltenen Rede soll der südstaatliche General Chalmers sich sehr bitter über Hood geäußert und seine Ansicht ausgedrückt haben, daß der Süden seinem Untergang verfallen sei. Ferner heißt es, er (Chalmers) habe seinen Truppen anheimgestellt, zu thun, was ihnen beliebe; er selbst wolle nichts mehr mit ihnen zu schaffen haben, und werde sich und seine Habe in Sicherheit zu bringen suchen. General Robby und General Morrow sind, wie man vernimmt, um Annette eingekommen; letzterer soll einen persönlichen Freund in der Unionsarmee geschrieben haben, daß all sein Vertrauen in die Führer des Südens geschwunden sei, und erwarte nun in Corinth Auskunf, welche Bedingungen einem höhern Offizier, der freiwillig unter die Autorität der Union zurückkehren wolle, gewährt werden würden. In Neu-Orleans ging das Gerücht, Mobile sei von den Südstaatlichen geräumt worden. Südstaatliche Ueberläufer aus Mobile hatten gemeldet, Mobile werde in kurzem verlassen werden, ohne daß die Besatzung auf die Ankunft des mit 25,000 Mann anrückenden Generals Granger warten wolle. Allgemeinen Glauben fanden die Angaben nicht. — Die gesammten Verluste, welche die Bundesstruppen bei der Eroberung des Forts Fisher erlitten, werden jetzt auf 691 angegeben, darunter 88 Tode (11 Offiziere), 511 Verwundete (39 Offiziere), und 92 Vermißte. Der südstaatliche General Whiting und Oberst Lamb, welche verwundet in Gefangenschaft fielen, sind auf dem Wege der Besserung.

Das Amendement zur Verfassung, welches die Slaverie für abgeschafft erklärt, war bekanntlich schon in der vorigen Session von dem Senat angenommen worden, hatte im Repräsentantenhause dagegen nur 93 gegen 65 Stimmen (während 23 Mitglieder sich des Votums enthielten), also nicht die erforderlichen zwei Drittel erhalten. Dieses Mal haben sich von 175 Abstimmen 119 für, 56 gegen das Amendement erklärt, mithin ist die günstige Entscheidung doch nur durch drei Stimmen herbeigeführt worden. Das Resultat wurde im Hause und von den Gallerien aus mit gewaltigem Enthusiasmus begrüßt, und am Abend wurden in Washington zu Ehren des Unionsiegs aus hundert Kanonen Salutschüsse abgefeuert.

Neu-York, 8. Febr. (Mit dem „Cuba“.) General Beauregard hat den Oberbefehl über die südstaatliche Armee in Augusta übernommen. Ein Theil der Armee von Thomas ist als Verstärkung zu Grant gestochen. Ein unter Terry stehendes Korps hat Cap Fear verlassen, um sich mit Sherman zu vereinigen. Zu Bay-Sagoula wird eine 15,000 Mann starke Expedition vorbereitet, um gegen Mobile zu operiren. Flüchtlinge, die aus Mobile in Neu-Orleans eingetroffen sind, versichern, daß die Südstaatlichen am 15. Januar mit der Räumung dieser ersten Stadt begonnen haben. Die Richmonder Blätter sagen, daß Sherman auf seinem Zug Alles mit Feuer zerstört. Eines seiner Korps soll Macpheronsville und Silensville in Brand gesteckt haben. Der größte Theil der Infanterie des Generals Thomas scheint den Tennessee-Fluß herabgezogen zu sein, um anderweitig zu operiren.

Neu-York, 8. Febr. Ein dem südstaatlichen Kongreß unterbreiteter Vorschlag will 100,000 Sklaven bewaffnen, die von der Regierung angekauft und je einer einem weissen Soldaten als Eigenthum übergeben werden sollen. Die Zeitungen veröffentlichen eine zwischen Hrn. Seward und Hrn. Adams gepflogene diplomatische Korrespondenz über die von letzterem dargelegte Ansicht, daß, wenn der Norden nicht bald einen vortheilhaften Frieden schließen könne, er sich auf einen Konflikt mit England und dessen Verbündeten gefaßt machen müsse. Hr. Seward sagt, daß, wenn der Krieg kräftig fortgesetzt wird, man Niemanden finden dürfte, um die Nachgiebigkeit aus Rücksicht auf einen solchen Angriff anzurathen. Der amerikanische Minister schreibt die Billigung, welche die europäischen Mächte dem Umwurf der mexikanischen Republik zu Theil werden ließen, der gegen die Vereinigten Staaten bestehenden Eifersucht zu.

Neu-York, 8. Febr. Sherman marschirt auf Branchville und Charleston. Er soll sich gegenwärtig 30 Meilen von letzterem, 20 Meilen von ersterem entfernt befinden. Grant hat auf seinem linken Flügel in der Richtung von Rames Station eine Bewegung begonnen; man erwartet eine Schlacht. Es geht das Gerücht, Mobile sei geräumt worden.

Baden.

Karlsruhe, 19. Febr. Am Freitag Abend ungefähr um 6 Uhr 10 Minuten wurde von Eisenbahn-Reisenden während der Fahrt von Durlach nach Karlsruhe ein großes und merkwürdiges Meteor wahrgenommen, welches sich auf einer gegen Norden geneigten Bahn von Ost nach West mit großer Geschwindigkeit bewegte. Obgleich die Abenddämmerung noch nicht vorüber war, wurden die Reisenden durch die trübangeläuterten Fenster Scheiben doch von dem bläulich-weißen Lichte des Meteors lebhaft überrascht. Es verhielt sich hinter Karlsruhe, ließ aber einen leuchtenden Schweif in der Atmosphäre zurück, der eine Länge von mehr als zehn Graden hatte. Dieser Schweif erschien später da, wo sich das Meteor gleichsam von ihm trennte, schlangenförmig getrimmt. Sein Licht war gelblich-weiß und seine Breite betrug ungefähr ein Drittel von der des Mondes. Noch später erschien dieser Schweif wie ein schwach beleuchteter Wellenraum

und verschwand erst gänzlich, als der Zug schon fast in Karlsruhe war; er dauerte also wenigstens 4-6 Minuten.

Wenn nun das Meteor in den weiter nach Westen liegenden Gegenden nicht gesehen wurde, so ist dieser kosmische Körper entweder in der Nähe niedergefallen oder vermöge seiner ungeheuren Geschwindigkeit an unserer Atmosphäre reflektirt worden. Im ersten Fall wäre es vielleicht möglich, Spuren von ihm aufzufinden, und es sind darum weitere Mittheilungen zu wünschen. [Zeitungsberichte zufolge wurde die Erscheinung auch in Speyer, Mannheim und am Rheineck bemerkt.]

Vermischte Nachrichten.

Köln, 17. Febr. Dem „Westf. Merk.“ zufolge soll die Regierung jetzt mit dem heil. Stuhle in Betreff des päpstlichen Kammerherrn Fürsten von Hohenlohe in Rom — als zukünftigem Erzbischof von Köln unterhandeln.

Köln, 19. Febr. Frau Clara Schumann ist von dem Unfall, der sie Anfangs Januar in Berlin betroffen, bereits wieder so hergestellt, daß sie im nächsten Gürzenich-Konzerte auftreten wird.

Im hiesigen Theater wurde eine neue komische Oper von F. Hiller: „Der Deserteur“, Text von E. Pasqué, mit Beifall zum ersten Male aufgeführt.

Bremen, 16. Febr. Die Vorbereitungen zu dem zweiten deutschen Bundesschießen, welches im kommenden Juli in unserer Stadt gefeiert werden wird, werden geräuschlos, aber mit allem Eifer betrieben, und es kann als gewiß betrachtet werden, daß den aus der Fremde eintreffenden Schützen hier selbst ein eben so herzlicher und gastfreier Empfang bereitet werden wird, wie dies in Frankfurt der Fall war. Das Komitee, das sich den Vorbereitungen zum Fest unterzogen hat und welchem gegen 200 Personen angehören mögen, hat sich nach dem Vorgang des Frankfurter Komitee's in zehn Spezialkomitees getheilt. Das Schießkomitee hat den Entwurf einer Schießordnung vollendet und steht dessen Veröffentlichung bevor. Das Festkomitee ist mit der Arbeit, das Festprogramm festzustellen, bald zu Ende. Dasselbe ist bemüht, auf dem Festplatz möglichst Alles zu konzentriren, was auf die Gäste Anziehungskraft ausüben kann. Der Festplatz ist auf der sog. Bürgerweide ausgewählt, unmittelbar vor dem neuesten und elegantesten Theil der Stadt. Das Festkomitee hat die obere Leitung der ihm gestellten Aufgabe dem Architekten Heinrich Müller anvertraut, demselben Künstler, dessen Meisterwerk, die Brücke, vor drei Monaten hier eingeweiht worden ist und zahlreiche Bewunderer unter den zu erwartenden Gästen finden wird. Zu dem Hauptfestgebäude ist der Bau vollendet und wird durch seine zweckmäßige und originelle Anordnung sich gewiß vielen Beifall erwerben. Das Finanzkomitee hat die erfreuliche Aufgabe gehabt, den Empfang einer ganzen Reihe zum Theil sehr werthvoller Ehrengaben zu verzeichnen, die erfreuliches Zeugnis für die lebendige Theilnahme ablegen, deren sich das bevorstehende Fest in allen Theilen Deutschlands rühmen darf.

Dem Vorwurf, welcher das Komitee von einer Seite her getroffen, daß es an die Jugendweihen keinen Aufruf zur Theilnahme erlassen, ist durch einen Hinweis auf die Vereinsgelege der meisten deutschen Staaten zu begegnen.

Berlin, 18. Febr. (Köln. Hg.) Die deutschen Großmächte haben sich jetzt über die schleswig-holsteinische Landesflagge geeinigt. Diefelbe wird die Farben blau, weiß, roth und im blauen Streifen ein gelbes Feld führen. Die Vertreter der beiden Mächte werden die Anweisung erhalten, die Anerkennung dieser Flagge im Auslande zu beantragen und die Zulassung der schleswig-holsteinischen Schiffe zu den Bedingungen zu bewilligen, welche ihnen unter der dänischen Hoheit zu Gut gekommen sind.

Wien, 18. Febr. Bogumil Dawison hat zum Schluß seines Gastspiels eine Vorstellung zum Besten R. Gupkow's im Theater an der Wien veranstaltet. Diefelbe ergab einen Ertrag von 2570 fl. Nach Abrechnung des Antheils von 600 fl., der für den Direktor, Hrn. Strampfer, entfällt, verbleiben 2070 fl., die nun Dawison der Gupkow'schen Familie übermachen wird.

London, 17. Febr. Die Polizeigung des gegen den Italiener Serafino Polioni oder Polizioni gefällten Todesurtheils ist kraft Befehls des Ministers des Innern vom 22. d. auf den 22. März verschoben worden. Inzwischen ist der Italiener Gregorio Rogui, welcher sich selbst als der Tödtung des Michael Harrington schuldig den Gerichten gestellt hat, von dem Polizeirichter nach geschener Zeugenernehmung vor die Geschwornen verwiesen worden. Der „Daily Telegraph“ bemerkt hierzu: „Abgesehen von der jetzt offenbar gewordenen Unvollständigkeit der bei Polioni's Prozeß vorgebrachten Zeugnisaussagen — obwohl letztere früher solcher Natur waren, daß sie der Jury keine Wahl ließen, als den Angeklagten schuldig zu sprechen — liegt es auf der Hand, daß diejenigen, welche eine Umflösung des Urtheils oder zum wenigsten die Erlassung der Todesstrafe zu erwirken suchen, sich auf den konfusen und schwer zu entwirrenden Charakter der Streitigkeiten, auf die beiderseitige Geizigkeit und die Schwierigkeit, die That auf ein bestimmtes Individuum zurückzuführen, stützen werden. Auch ist es nicht zu bezweifeln, daß der gewählte Ausschub, wie es in neuerer Zeit stets geschehen, in die Substituierung einer andern und weniger schrecklichen Strafe für die Todesstrafe hinauskäufen wird.“

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
18. Febr.					
Morgens 7 Uhr	27° 6 37"	+ 1 5	S.W.	ganz bew.	trüb, Sturm, Schgfr.
Mittags 2 "	" 8 50"	+ 5 0	"	stark "	Sonnenbl., windig.
Nachts 9 "	" 8 00"	+ 3 5	"	ganz "	trüb, Regen
19. Febr.					
Morgens 7 Uhr	27° 7 90"	+ 4 8	S.W.	stark bew.	trüb, windig, Regtsp.
Mittags 2 "	" 7 80"	+ 7 0	"	"	Ebl.
Nachts 9 "	" 7 03"	+ 3 0	"	ganz "	trüb, windig

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 21. Febr. 1. Quartal. 28. Abonnementsvorstellung. **Einen Zug will er sich machen;** Pöffe mit Gesang in 3 Akten, von Restroy, Musik von Hebenstreit.

Theater in Baden.

Mittwoch 22. Febr. **Einen Zug will er sich machen;** Pöffe mit Gesang in 3 Akten, von Restroy, Musik von Hebenstreit.

Z.u.74. Achern und Illenau.
Freunden und Bekannten widmen wir die schmerzliche Nachricht, daß am Mittwoch den 15. d. M., Abends 7 Uhr, unser lieber Gatte, Vater und Bruder, der pens. Professor Robert Müller, nach langem und schwerem Leiden sanft verschied.
Er starb im festen Glauben an seinen Herrn und Erlöser.
Wir bitten um stille Theilnahme.
Achern und Illenau, den 19. Febr. 1865.
Die Hinterbliebenen.

Z.u.65. Bruchsal und Karlsruhe.
Im Gefühl des tiefsten Schmerzes, zeigen wir Freunden und Bekannten den am 17. d. M., Nachmittags 4 Uhr, plötzlich erfolgten Tod unseres geliebten, unvergesslichen Gatten, Vaters, Bruders und Schwagers, des Freiherrn Theodor von Glaubitz, Oberst a. D., hiermit an, und bitten um stille Theilnahme.
Bruchsal und Karlsruhe, den 19. Februar 1865.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.u.31. Eppingen. Entfernten Freunden und Bekannten teilen wir die traurige Nachricht mit, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsere geliebte Tochter und Schwester, Josepha Deisenroth, nach längerem Leiden in ein besseres Jenseits abzurufen, und bitten um stille Theilnahme.
Eppingen, den 18. Februar 1865.
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Z.u.50. a. Rippberg bei Wallbürn. Dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Vater, Georg Josef Lauer, pensionirten kathol. Hauptlehrer in Eberbach, am 13. d. M. in seinem 83. Lebensjahre in ein besseres Jenseits abzurufen.
Seinen zahlreichen Verwandten und Bekannten widmet diese Trauernachricht dessen Sohn,
Rippberg bei Wallbürn, den 18. Febr. 1865,
G. A. Lauer,
Hauptlehrer.

Todesanzeige.
Z.u.70. Karlsruhe. Verwandte und Freunde benachrichtige ich, um stille Theilnahme bittend, daß meine liebe Tochter Anna heute früh durch einen sanften Tod von langen, schweren Leiden erlöst wurde.
Karlsruhe, den 19. Februar 1865.
Babette Kaulka, geb. Kusel.

Z.u.33. Freiburg.
Bekanntmachung.
Durch die Entlassung von Schülern werden im groß. Mädcheninstitut mehrere Plätze eröffnet, welche mit bildungsfähigen Kindern, im Alter nicht unter 8 Jahren, wieder zu besetzen sind. Bewerbungen wollen unter Aufsicht des vorgeschriebenen Fragebogens binnen 14 Tagen an der eingedienten Formulare des letzteren werden unentgeltlich abgegeben.
Freiburg, den 10. Februar 1865.
Verwaltungsrath des groß. Mädcheninstituts.
H. Daib.

Z.u.32. Ettlingen.
Anzeige.
Der Unterzeichnete hat sich als prakt. Arzt, Zahnarzt und Geburtshelfer hier niedergelassen und wohnt vorerst im Gasthause zur Goldenen Krone.
Ettlingen, den 18. Februar 1865.
R. Gernet.

Z.u.59. Karlsruhe.
Handlungslehrling-Gesuch.
In eine bedeutende Tuch- und Modewarenhandlung (en gros & en detail) habe ich, worin außer den verschiedenen kaufmännischen Kenntnissen auch die doppelte Buchführung gründlich gelehrt wird, kann ein mit guter Schulbildung versehenen junger Mann aus achtbarer Familie unter günstigen Bedingungen gegen Hosten in die Lehre treten. Näheres bei der Expedition der Karlsruhe'ger Zeitung.

Z.u.4. Baden.
Stelle-Gesuch.
Ein in Buchführung und Korrespondenz tüchtiger Commis, welcher seit ca. 5 Jahren im Bankgeschäft functionirt, sucht seine jetzige Stelle zu verändern. Frantirte Offerten besorgt D. R. Marx Baden-Baden.

Z.p.996. Mühlburg.
Gesuch.
Ein tüchtiger und solider Schreibgehilfe mit feiner und forreter Handschrift findet darüber sofort Beschäftigung und guten Verdienst.
Mühlburg.
Mathos, Notar.

Post- u. Telegraphengehilfen- stelle-Gesuch.
Ein im Post- und Telegraphendienst gründlich erfahrener, jüngerer Gehilfe sucht unter annehmbaren Bedingungen zum alsbaldigen Eintritt eine Stelle. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.u.50. b. Karlsruhe.
Geschäfts-Verkauf.
In Folge meiner Domicil-Veränderung bin ich gesonnen, meine Buchhandlung mit bedeutendem Antiquariat (circa 25.000 Bände), nebst sehr frequenter Leihbibliothek (circa 6000 Bände) zu einem äußerst billigen Preise zu verkaufen.
Auch bin ich bereit, das antiquarische Lager, sowie die Leihbibliothek besonders abzugeben.
Ehrlich Reflektirenden ertheile ich gerne nähere Auskunft.
Karlsruhe.
Max Auerbach.

Erziehungs-Anstalt für Mädchen in Darmstadt.
Z.u.43. Unterricht in deutscher, französischer und englischer Sprache und allen Fächern der elementaren und höheren allgemeinen Bildung, mit Einschluß der Handarbeiten. Umgangssprache ausschließlich französisch und deutsch. Sorgfältige Pflege der körperlichen Entwicklung. Nach Belieben besonderer Unterricht in Instrumental-Musik, Malen, Zeichnen &c. — Pensions-Preis 360 fl. — Beginn Anfang Juni. — Programme und nähere Auskunft können bei der Unterzeichneten, der Buchhandlung von J. P. Diehl in Darmstadt und der Jaeger'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M., sowie bei Gymnasial-Direktor Dr. Köppler in Darmstadt erhoben werden. Um möglichst zeitige Anmeldung wird gebeten.
Fräul. Th. Werner.

Z.u.335. Bremen. Norddeutscher Lloyd.
Direkte Postdampfschiffahrt zwischen Bremen und Newyork,
Southampton anlaufend:
D. Bremen, Capt. C. Meyer,
D. Newyork, " S. Wenke,
D. Sanfa, " 25. Februar.
D. America, " 11. März.
D. Bremen, Sonnabend, 25. März.
D. Newyork, " 8. April.
D. Sanfa, " 22. April.
D. America, " 6. Mai.
Passage-Preis: Bis auf Weiteres: Erste Kajüte 150 Thaler, zweite Kajüte 110 Thaler, Zwischendeck 60 Thaler Courant, incl. Beköstigung. Kinder unter 10 Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Courant.
Güterfracht: Bis auf Weiteres 2 Pfd. St. 10 s. mit 15 % Primage pr. 40 Cubikfuß Bremer Maße für alle Waaren.
Nähere Auskunft ertheilen: in Karlsruhe die H. Hauptagenten **A. Vielesfeld — Franz Perrin Sohn — J. Stüber**, Vorstand des hiesigen Auswanderungsvereins; in Bruchsal Hr. **Alex. Levisohn**; in Eppingen **H. Fleischer & Ullmann**; in Bretten Hr. **Jos. Gann**; in Ettlingen Hr. **A. Streit**; in Heidelberg Hr. **Ph. Zimmermann**; in Mannheim Hr. **C. Herold**; in Keßl. **H. Walter & Duran**.
Bremen, Dezember 1864. **Crüseman, Direktor.**

Stelle-Gesuch.
Ein im Post- und Telegraphendienst geübter, mit sehr guten Kenntnissen versehen, junger Mann sucht alsbald eine Stelle. Näheres zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.
Z.u.75.
Z.u.64. R. H. R. 2482. Karlsruhe.
Coupe-Versteigerung.
Ein vierstücker, in gutem Stand und erst zwei Jahre, jedoch wenig im Gebrauch befindlicher Wagen (aus Stuttgarter Fabrik) wird nächsten **Donnerstag den 23. d. M.**, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zur Sonne dahier einer Versteigerung ausgesetzt; wozu die Liebhaber hiermit einladet
J. Scharf, Kommissionär.

Z.u.63. Eisenbahnstation Heidelberg.
Alle Arten **Alee- und Grassamen** billigst bei **J. F. Schäfer.**
Z.u.61. Obblingen bei Stuttgart.
Futter feil.
Ich habe ein bedeutendes Quantum gut getrocknetes Wiesenheu zu verkaufen.
Chr. Red, Deconom.

Z.s.979. Baden-Baden.
Ladeneinrichtung-Verkauf.
Eine neue Ladeneinrichtung, welche sich für jedes Geschäft eignet, ist billig zu verkaufen. Näheres bei **Händler K. Stroß in Baden-Baden.**
Z.s.975. Düsseldorf.
Electro-magnetische Gesundheits- und Kraftwecker.
Dieser von mir erfundene, in mehr. Ländern patentirte Apparat hat sich laut vielen Zeugnissen und Denkschriften als souveränes Mittel gegen Nervenleiden, Licht, Rheumatismus, Rücken- und Seitenstechen, Krämpfe, Ohnmacht, Schwindel, örtliche Lähmung, Erstypse, Asthma, Hämorrhoiden, Hüftweh, Migräne, Kopfschmerz, Zahnwed, Herzfloppen, Drüsenentzündungen, Augenentzündung, Blasenleiden, Hautkrankheiten, Schwächzustände, Impotenz u. s. w. herausgestellt, und dient als bestes Abführungsmittel bei Congestionen und Entzündungszuständen. Der Apparat leistet auch als Präservativ bei ansteckenden und epidemischen Krankheiten vorzüglich Dienste. Dabei hat das Instrument keinen den Körper, daß es bequem von Patienten ohne fremde Hilfe an jeden Körpertheil applicirt werden kann, seine Wirkungen augenblicklich erfolgen, und sich durch die angenehme Erleuchtung und Beseitigung von Schmerz kundgeben. In keiner Familie dürfte das Instrument nicht fehlen. Der Apparat wird bis 6 Thlr. pro Instrument und Verbrauchsanweisung. Frankfurt. Prof. J. Momma, Naturforscher in Düsseldorf.

Z.u.15. Wagnbach.
Holzversteigerung.
Am **Donnerstag den 23. Februar l. J.**, Morgens 9 Uhr, werden im District Gaisberg zu Wagnbach öffentlich versteigert:
113 Stämme Eichen, theils Holländer, theils Bau- und Kuchholz,
1 Stamm Fichten,
19 Stangen,
59 1/2 Klafter buchenes Scheitholz,
16 1/2 " " " do.,
14 " " " Stumpen und
7540 Stück Weiden.
Sinsheim, den 17. Februar 1865.
Freiherrl. von Degenfeld'sches Rentamt.
F. I. Fleischmann.

Aufforderung.
Z. u. 992. Kuenheim.
Zur Fortführung des Lagerbuches und der Grundbuchpläne von der Gemarkung Hohenbühl ist Jagdtaxi auf Mittwoch den 1. März d. J. in dem Rathhause in Hohenbühl, und von der Gemarkung Hesselbühl auf Freitag den 3. März d. J. in dem Rathhause in Hesselbühl, jeweils Morgens 9 Uhr, anberaumt.
Die Grundeigentümer dieser Gemarkungen werden aufgefordert, die über die vorgekommenen Veränderungen im Grundeigentum nach §. 5 der Verordnung groß. Finanzministeriums vom 3. Dezember 1864 (Regbl. S. 507) vorgeschriebenen Handstücke und Meßurkunden noch vor den Jagdtaxi an den Grundbesitzer in Hohenbühl und bezw. Hesselbühl abzugeben, indem sonst diese Materialien nach §. 7 der genannten Verordnung auf Kosten der betreffenden Grundbesitzer beigelassen werden.
Zugleich wird bemerkt, daß die Verzeichnisse über die Veränderungen im Grundeigentum von den Gemarkungen Hohenbühl und Hesselbühl in dem Rathhause daselbst bis zur Aufstellung der Jagdtaxi unter der Federführung des Grundbesitzers zu übernehmen sind; die Verzeichnisse aufgelegt sind, und daß etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigten Einträge in das Lagerbuch entweder vor der Jagdtaxi bei dem betr. Gemeinderath, oder jeweils in der Jagdtaxi bei dem Unterzeichneten selbst vorzubringen sind.
Kuenheim, den 12. Februar 1865.
Der Bezirkscommissar
G. Probst.

Z.u.52. Nr. 401. Donaueschingen.
Pferdeversteigerung.
Am hiesigen Pferdemarkt, Mittwoch den 1. März d. J., Vormittags 10 Uhr, werden im k. k. Hofstall dahier drei braune, norddeutsche Wagenpferde, im Alter von 9 bis 14 Jahren, und ein Penn an dem Westbienden öffentlich versteigert; wozu Liebhaber eingeladen werden.
Donaueschingen, den 18. Februar 1865.
Königlich hiesigenberaltes Kabinetkanzlei.

Z.u.42. Nr. 276. Bruchsal. (Holzversteigerung.)
Aus den Domänenverwaltungen diesseitigen Forstbezirks werden nachverzeichnete Holzsortimente versteigert, als:
Freitag den 24. Febr. d. J. in III. 13 und 14 Kubhart, Schlag 12 und 13: 25 Stück buchenes Wagnerkranz; 7 1/2 Kl. eichenes, 5 Kl. eichenes Kuchholz; 108 Kl. buchenes, 31 1/2 Kl. eichenes, 18 1/2 Kl. eichenes und gemischtes Scheitholz; 81 Kl. buchenes, 49 1/2 Kl. eichenes, eichenes und gem. Prügelholz; 92 1/2 Kl. Stockholz und 9150 gemischte und 550 Gartenreis Weiden. Zusammenkunft früh 9 Uhr auf der Kronauer Hauptallee am Dorfplatzweg.
Freitag den 27. Febr. d. J. in III. 13 und 14 Kubhart, Schlag 12 und 13: 25 Stück buchenes Kuchholz, 290 Kl. buchenes und 6 1/2 Kl. eichenes Scheitholz, 34 1/2 Kl. buchenes und eichenes Prügelholz, 64 Kl. Stockholz und 9050 buchenes und gemischte Weiden. Zusammenkunft früh 9 Uhr am Steinbruch in der Sandhölle. Bruchsal, den 18. Februar 1865.
Großh. bad. Bezirksforstl. B. v. Ortdi.
Nr. 80. Nr. 1500. Freibr. (Schuldenliquidation). Katharina Hirzler und deren Schwäger Anna Maria Hirzler, sowie der letzteren Sohn Martin Hirzler von Königshausen beabsichtigen, nach Amerika auszuwandern, und werden deren Gläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche in der auf Mittwoch den 22. Febr. abgeraumten Jagdtaxi anzumelden.
Bruchsal, den 13. Februar 1865.
Großh. bad. Bezirksamt.
Schindler.

Z.u.71. Nr. 2511. Bruchsal. (Schuldenliquidation.)
Der Wägen- und Fabrikarbeiter Valentin Benz von Karlsruhe will mit Familie nach Amerika auswandern. Etwaige Ansprüche an denselben sind in der auf Mittwoch den 22. d. M. abgeraumten Jagdtaxi geltend zu machen.
Bruchsal, den 13. Februar 1865.
Großh. bad. Bezirksamt.
Bisler.

Z.p.85. Nr. 1396. Adelsheim. (Schuldenliquidation.)
Die Jagdtaxi
1) Peter Klein mit seiner Ehefrau Sophia, geborne Grecker, sowie
2) Johann Fleischer mit seiner Ehefrau Katharina, geborne Hofmann, seiner großjährigen Tochter Luise Fleischer und dem minderjährigen Kinde der letzteren, Namens Jakob Krämer,
sämmliche von Korb, haben um Erlaubnis zur Auswanderung nach Nordamerika gebeten. Etwaige Ansprüche an dieselben sind am Donnerstag den 23. Februar l. J., früh 9 Uhr, bei der Jagdtaxi anzumelden.
Adelsheim, den 15. Februar 1865.
Großh. bad. Bezirksamt.
Großh.

Z. 266. Nr. 1976. Freibr. (Handelsregister.)
Z. u. Z. 46 des Firmenregisters haben wir heute eingetragen den Gewertrug des ledigen Handelmanns Ferdinand Brünner von Oberbergen mit der ledigen Catharina Leber von da, d. d. Rothweil, den 5. Januar 1865, wornach beide Verlobte ihr gesamtes gegenwärtiges und künftiges Mobiliarvermögen bis auf die Summe von zehn Gulden, welche jeder Brautheil zur Gütergemeinschaft beiträgt, verliessen.
Freibr., den 15. Februar 1865.
Großh. bad. Amtsgericht. Gänsebium.

Z. r. 31. Mühlheim. (Aktuarselle.)
Die von uns bereits in Nr. 18 dieses Blattes ausgeschrieben Aktuarselle, mit 460 Gulden ihrem Gehalt und am 1. März d. J. zu besetzen, wird wiederholt für Aktuare und Aktuariatassistenten zur Bewerbung ausgeschrieben.
Mühlheim, den 18. Februar 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Schäp.

Z. r. 18. Nr. 2903. Waldshut. (Erlebigte Stelle.)
Auf 1. Mai d. J. wird die Stelle eines Actuars dahier mit einem Gehalt von 400 fl. erlebigt. Etwaige Bewerber um dieselbe wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse anher wenden.
Waldshut, den 17. Februar 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Saur.

Z. r. 31. Mühlheim. (Aktuarselle.)
Die von uns bereits in Nr. 18 dieses Blattes ausgeschrieben Aktuarselle, mit 460 Gulden ihrem Gehalt und am 1. März d. J. zu besetzen, wird wiederholt für Aktuare und Aktuariatassistenten zur Bewerbung ausgeschrieben.
Mühlheim, den 18. Februar 1865.
Großh. bad. Amtsgericht.
Schäp.